



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)
Dr. Matthias Mainz
E-Mail
Matthias.Mainz@ihk-nrw.de
Telefon
0211 367 02-14
Datum
06.01.2025

Stellungnahme von IHK NRW zum Antrag 18/9728 der SPD-Fraktion „Keine Familie auf dem Weg in die klimaneutrale Zukunft zurücklassen“

Zur Anhörung im Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags Nordrhein-Westfalens
am 10. Januar 2025

Herausforderung für die NRW Wirtschaft

IHK NRW unterstützt die politische Zielsetzung der Treibhausgasneutralität in der EU bis 2050. Auf nationaler Ebene soll dieses Ziel sogar bereits bis 2045 erreicht werden. In den vergangenen Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich vom CO₂-Wachstum entkoppelt. Diese Entkopplung ist auf Effizienzsteigerungen im Umwandlungssektor, auf einen wirtschaftlicheren Einsatz der Energieträger in den Verbrauchssektoren und auf strukturelle Veränderung der Wirtschaft zurückzuführen ([BMWK 2024](#)). In NRW sind die Treibhausgasemissionen seit 1990 um 39,7 Prozent gesunken. Das nordrhein-westfälische Klimaziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 25 Prozent zu reduzieren, wurde damit deutlich übertroffen ([IT.NRW 2023](#)).

Zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2045 stehen viele Branchen vor einem grundlegenden strukturellen Wandel. Die strukturellen Herausforderungen verschärfen sich derzeit durch die schwache Konjunkturentwicklung, wodurch sich der Wandel beschleunigt ([Konjunkturbericht IHK NRW Herbst 2024](#)). Damit der Wandel erfolgreich gelingen kann und der Wohlstand in Nordrhein-Westfalen erhalten bleibt, muss die Transformation stärker gemeinsam mit der Wirtschaft gestaltet werden. Die Unternehmen brauchen eine verlässliche Planungsperspektive, aktuell muss ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Erhebliche negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen drohen, wenn nicht zügig Weichenstellungen vorgenommen und eine bezahlbare, sichere und klimafreundliche Energieversorgung dauerhaft und langfristig zu gewährleisten. In einer gemeinsamen Umfrage von Energy4Climate und IHK NRW erwarten sonst 28 Prozent der befragten Unternehmen des industriellen Mittelstands erhebliche negative Auswirkungen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit ([Energy4Climate 2024](#)).

Die IHK-Organisation erfragt regelmäßig im Energiewendebarmeter die Einschätzungen ihrer Mitgliedsunternehmen zur Energiewende ([Energiewendebarmeter DIHK 2024](#)). In diesen Umfragen ist in den letzten Jahren zunehmend die Skepsis hinsichtlich der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit gewachsen. Über alle Branchen, Betriebsgrößen und Regionen ist der



Wettbewerbsindikator bei den 3.300 befragten Unternehmen auf einen Wert von minus 19,8 (Skala von minus 100, „sehr negativ“, bis plus 100, „sehr positiv“) gesunken. Bei den von den Energiepreisen sehr viel stärker betroffenen Industrieunternehmen liegt der Wert sogar bei einem Wert von minus 34 Punkten auf einem besorgniserregenden negativen Niveau.

Unter den großen Industrieunternehmen plant oder realisiert inzwischen über die Hälfte der befragten Unternehmen Produktionseinschränkungen oder Verlagerungen ins Ausland. Produktionseinschränkung, ausbleibende Investitionen und tatsächliche Verlagerungen zeigen, dass die energiepolitischen Standortbedingungen in Deutschland inzwischen ein klarer Wettbewerbsnachteil sind ([Auslandsinvestitionen, DIHK 2024](#)).

In Nordrhein-Westfalen sehen 39 Prozent der befragten Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland durch hohe Energiepreise gefährdet. 32 Prozent der befragten Unternehmen in NRW stellen Investitionen in ihren Kernprozessen zurück ([IHK NRW Energiewendebarmeter 2024](#)).

Dabei stellen die Unternehmen auch Klimaschutzinvestitionen zurück. Als Investitionshemmnis werten die Unternehmen dabei auch ein zu viel an Bürokratie. Genannt werden Defizite in den Ämtern, ein uneinheitliches Vorgehen in Europa und eine stetig steigende Flut von Regulierungsnormen und damit einhergehenden Dokumentationsanforderungen. Hierunter fallen insbesondere die neue Berichtserstattung zur Nachhaltigkeit sowie die Lieferkettengesetze ([Engiewendebarmeter DIHK 2024](#)).

Speziell in der NRW-Wirtschaft steigt zudem die Unsicherheit hinsichtlich der Versorgungssicherheit mit Energie, da die Grundlagen für eine alternative Versorgung wie der Kapazitätsmarkt, Reservekapazitäten und der Netzausbau stocken oder zu langsam vorankommen ([Monitoring Versorgungssicherheit IHK NRW 2024](#)).

Auswirkungen des Green Deals

Als "Green Deal" wird das weitreichende Programm für mehr Klima- und Umweltschutz bezeichnet, das von der Europäischen Kommission 2019 vorgelegt wurde. Mittlerweile wurden viele Gesetzesvorhaben des Programms beschlossen und werden nun national umgesetzt bzw. implementiert. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer DIHK bereitet regelmäßig den Stand der Umsetzung für die Unternehmen auf ([DIHK European Green Deal](#)).

Mit dem Green Deal hat sich der Abstand in Europa zu globalen Wettbewerbern vergrößert. Eine Vielzahl der neuen Gesetze wird von den Betrieben derzeit als Belastung wahrgenommen. Viele kleine und mittlere Unternehmen werden durch steigende Bürokratie belastet, die als kaum noch zu bewältigen angesehen und damit zum Geschäftsrisiko wird. Bei der Weiterentwicklung der europäischen Klimapolitik sollte daher die Sicherung von Wertschöpfung in Europa in den Vordergrund treten, schließlich trägt diese maßgeblich die Finanzierung der Transformation bei. Effektiver Klimaschutz ist letztlich nur durch Anstrengungen auf globaler Ebene möglich ([DIHK Klimaziel 2023](#)).



Handlungsdruck wächst

Nicht nur mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl sieht IHK NRW dringenden Handlungsbedarf, damit die Entwicklung nicht weitere Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen kostet. Die NRW-Wirtschaft benötigt schnell eine Perspektive für die zukünftige Energieversorgung, um Wohlstand zu sichern und das Geschäftsmodell Nordrhein-Westfalens zu erhalten. Deutschland benötigt ein neues Mindset für schnellere Genehmigungsverfahren mit weniger Bürokratie. Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit statt Lenkung wie im Energieeffizienzgesetz sollten zu Leitprinzipien werden.

Die kommende Bundesregierung muss eine stabile Energieversorgung sichern sowie Steuern und Abgaben auf den Strompreis dauerhaft senken. Viele Unternehmen suchen Möglichkeiten, klimaneutral und unabhängig von schwankenden Marktpreisen zu werden. Dafür erwarteten sie von der Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Eigenversorgung und von Direktlieferverträgen ([Engiewendebarmeter DIHK 2024](#)).

Bislang konzentriert sich die politische Diskussion zu stark auf die (langfristigen) Zielperspektiven, etwa zur Klimaneutralität und auf den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und hat den konkreten Umsetzungspfad außer Acht gelassen. Immer deutlicher wird, dass die Gestaltung des Übergangsprozesses in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken muss. Hier kann auch das Land NRW entscheidend mitwirken. ([IHK NRW Nachhaltig Wirtschaften 2023](#)).

Handlungs- und Planungssicherheit für Unternehmen, Private und öffentliche Stellen können nur entstehen, wenn Klarheit über die Entwicklungspfade besteht und mögliche Engpässe frühzeitig identifiziert und behoben werden. Engpässe entstehen derzeit absehbar durch Bürokratie, fehlenden Fachkräften in den Unternehmen und der Verwaltung, beim Ausbau und Ertüchtigung von (Energie-)Infrastrukturen, bei der Bereitstellung von Flächen und bei der Finanzierungen. Daher wird ein sehr enges Monitoring für die Energiewende sowie für die Folgen im Übergang benötigt.

Die Zielsetzungen zur Klimaneutralität für die Jahre 2040, 2045 oder auch 2050 stoßen den Strukturwandel in vielen Branchen an und erzwingen konkretes Handeln von den Unternehmen. Bei Investitionen in Anlage, Prozesse oder Immobilien müssen die Unternehmen und Finanzierer schon heute die Klimaziele und die absehbaren Preispfade berücksichtigen, auch wenn in vielen Branchen noch nicht absehbar ist, wann oder ob sich ein Markt für klimaneutrale und damit tendenziell teurerer Produkte entwickelt.

Die Konjunkturumfragen der IHK-Organisation zeigen, wie die Unsicherheit in vielen Branchen zu einer allgemeinen Investitionszurückhaltung führt. In der Automotivebranchen berichten Unternehmen bereits von zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten. Bereits die Hälfte der Kraftfahrzeugbauer sieht sich verschärften Finanzierungsbedingungen gegenüber ([DIHK 2024](#)).



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Gerade in der energieintensiven Industrie sinkt das Vertrauen in die Politik. In der gemeinsamen Umfrage von IHK NRW und Energy4Climate geben 41 Prozent der Befragten an, dass das Vertrauen in die politischen Unterstützungsmaßnahmen fehlt. Viele Unternehmen fühlen sich durch widersprüchliche Regularien und langwierige Genehmigungsprozesse ausgebremst ([Energy4Climate 2024](#)).

Die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt müssen vertrauen können, dass sie während des Transformationsprozesses handeln und langfristige Investitionsentscheidungen treffen können. Die Schaffung von Vertrauen wird damit zur zentralen Anforderung an die Neuausrichtung des Green Deals der Europäischen Union ebenso wie für die Energiepolitik der kommenden Bundes- und der Landesregierung.



Zu den Forderungen des Antrags 18/9729 im Einzelnen

1. Umsetzung des EU Green Deal auf Landesebene

Mit den Diskussionen um die Gesetzgebung für den Wärmesektor hat eine breite Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Gestaltung des Transformationsprozesses erkannt. Auch wenn der Prozess der Transformation auf – je nach Zielsetzung – zehn bis 30 Jahre angelegt ist, entfaltet er bereits heute Wirkung. Die Aufgabe der Politik ist es daher, den Transformationsprozesse auf internationaler, europäischer, Bundes und Landesebene zu koordinieren, Auswirkungen zu antizipieren und zu frühzeitig zu begegnen. Hierfür ist ein enges Monitoringsystem auf allen Ebenen erforderlich.

Im vergangenen Jahr hat das Land NRW seine Energie- und Wärmeversorgungsstrategie vorgelegt. Die Strategie gibt einen umfangreichen Überblick über die Meilensteine des Wandels in der Energie- und Wärmeversorgung Nordrhein-Westfalens ([MWIKE 2024](#)). Um Handlungs- und Planungssicherheit für Unternehmen, Private und öffentliche Stellen zu ermöglichen, hat IHK NRW ein kontinuierliches Monitoring der Strategie eingefordert ([IHK NRW 2024](#)).

Das federführende NRW-Wirtschaftsministerium will die Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie NRW laufend einem engen Monitoring unterziehen und in regelmäßigem Turnus zum Umsetzungsstand berichten sowie Fortschreibungsbedarfe identifizieren. Das im Antrag vorgeschlagene Konzept zur Begleitung des Green Deals in NRW sollte für die Wirtschaftsseite auf dem geplanten Monitoring aufsetzen. Verbunden sein sollte dies mit einer kontinuierlichen Koordination der europäischen, nationalen und landesweiten Regelungen. Sobald Engpässe auftreten, können erforderliche Anpassungen vorgenommen und eine alternative Umsetzung in einem Plan B angestoßen werden.

Nicht alle der angestoßenen Gesetze des Green Deals sind noch vor der Wahl zum Europäischen Parlament verabschiedet bzw. aktualisiert worden. Die nächste Phase des Green Deals muss sich damit auseinandersetzen, wie die Vielzahl der neuen Gesetze so pragmatisch umgesetzt werden kann, dass bei der grünen Transformation Chancen für europäische Unternehmen entstehen. Die IHK-Organisation setzt sich dafür ein, nun stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Europäischen Union zu fokussieren ([DIHK 2024](#)). Nicht nur, aber gerade im Vorfeld der Bundestagswahl besteht eine zentrale Aufgabe der NRW-Landesregierung darin, als Frühwarnsystem die nrw-spezifische Betroffenheit der EU-Gesetzgebung frühzeitig zu identifizieren und in die Verhandlungsprozesse in Brüssel einzubringen.

2. Transformation des Arbeitsmarktes

Der Transformationsprozess wird erhebliche Folgen für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen haben. Wie das RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung in Essen feststellt, sind die Wirtschaftsbereiche mit hohen bis sehr hohen CO₂-Emissionen besonders stark von der grünen Transformation betroffen. In diesen Branchen fürchtet das Institut deutliche Produktionsrückgänge bzw. starke Umstrukturierungen in der Produktion. Dies ist für NRW besonders relevant, da 18 Prozent aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und 14 Prozent im Bereich Handel,



Instandhaltung und Reparatur von Kfz tätig sind: knapp ein Drittel aller NRW-Beschäftigten ist daher potenziell betroffen ([Konunkturbericht RWI Juni 2024](#)).

Um den wachsenden Energiebedarf in Deutschland perspektivisch vor allem mit erneuerbaren Energien zu decken und diesen Strukturwandel zu gestalten, bedarf es jedoch auch vieler zusätzlicher Arbeits- und Fachkräfte. Die Prognos AG hat im Auftrag der Deutschen Industrie- und Handelskammer DIHK untersucht, dass innerhalb eines Jahrzehnts deutschlandweit rund 550.000 Personen für die Wertschöpfungsketten Solar, Wind und Wasserstoff benötigt werden – und damit rund 350.000 mehr als gegenwärtig ([Prognos/DIHK 2024](#)).

Durch die erwartete sektorale Verschiebungen wird es zu deutlichen Verschiebungen in der Arbeitsnachfrage kommen. Passt sich das Arbeitsangebot nicht schnell genug oder gar nicht an die veränderte Arbeitsnachfrage an, wird es vermehrt zu freibleibenden Stellen (Fachkräftemangel) und gleichzeitig auch zu Arbeitslosigkeit kommen ([Konunkturbericht RWI Juni 2024](#)).

Daher sollte in NRW ein transparentes, einheitliches Konzept von modularen Teilqualifikationen, die sich aus bestehenden Ausbildungsberufen ableiten, geschaffen werden. Ziel der Anpassungsqualifizierung sollte dabei in der Regel ein Berufsabschluss über eine externe Zulassung zur Abschlussprüfung sein. Naheliegender ist es die Qualitätssicherung eines solchen Konzeptes, wie in der beruflichen Bildung grundsätzlich üblich, über die zuständigen Stellen abzusichern. Modulare Anpassungsqualifikation berücksichtigen dabei vorhandene Kompetenzen und ermöglichen damit kurze Anpassungsqualifizierungszeiten, so dass möglichst schnell neue berufliche Perspektiven eröffnet und gleichzeitig qualifizierte Beschäftigte in den neuen Beschäftigungssektoren zur Verfügung stehen.

Eine erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt erfordert folglich eine klare, zukunftsorientierte Strategie, die auf der Stärkung von Qualifikationen, der Förderung von Innovationen und stabilen Rahmenbedingungen basiert. Um die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu steigern und ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Politik unerlässlich.

Trotz der angespannten Haushaltslage stellt sich die Frage nach dem Handlungsspielraum der Politik – doch gerade jetzt sind umfassende Investitionen in Bildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung sowie in die Infrastruktur von entscheidender Bedeutung ([IHK NRW Arbeitswelt 2024](#)). Insgesamt erscheint eine Fokussierung auf die deutliche Verbesserung bei den Grundqualifikationen beim verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems sinnvoll. Der [IQB-Bildungstrend 2021](#) im Auftrag der KMK weist am Übergang von Grundschulen in die weiterführenden Schulen ein erhebliches Verbesserungspotential für NRW aus. In NRW ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler die bei diesem Übergang bereits den Mindeststandard in Mathematik nicht erreichen von 13% in 2011 auf 28 % in 2021 deutlich - und stärker als in vielen anderen Bundesländern - angestiegen.

Digitaler Wandel: Der technologische Fortschritt – insbesondere im Bereich der Digitalisierung, Automatisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) – hat und wird einen maßgeblichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben. Viele Tätigkeiten, Routineaufgaben, werden zunehmend automatisiert. Dies betrifft nicht nur einfache manuelle Tätigkeiten, sondern auch administrative



Aufgaben, die von fortschrittlichen Technologien übernommen werden können. Infolgedessen werden traditionelle Berufe in allen Branchen in den nächsten Jahren erheblich wandeln oder ggf. ganz verschwinden. Für die heutige Arbeitswelt gewinnen grundlegende berufliche Qualifizierungen und kontinuierliche Weiterbildungen daher immer stärker an Bedeutung ([IHK NRW Arbeitswelt 2024](#)).

Demografie: Durch den demografischen Wandel wird das Arbeitskräfteangebot in NRW merklich sinken, wenn keine zusätzlichen Instrumente zur Hebung der in- und ausländischen Potenziale genutzt werden. Jährlich scheiden etwa 100.000 ältere Arbeitskräfte mehr aus dem NRW-Arbeitsmarkt aus, als junge hinzukommen. Eine besondere Rolle kommt hierbei der beruflichen Ausbildung zu: Insbesondere auf diesem Anforderungsniveau ist der Rückgang des Arbeitskräfteangebots deutlich. Attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung sind somit ein zentraler Baustein für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Defossilisierung der Wirtschaft ([Fachkräftemonitor IHK NRW](#)).

3. Europäisches Emissionshandelssystem und CO₂-Grenzausgleichmechanismus

Mit dem europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) verfügt Europa aus Sicht der Wirtschaft über ein wirkungsvolles Klimaschutzinstrument. Es trägt weitreichend technologieoffen, marktbasierend und somit effizient zu den Klimaschutzzielen der EU bei. Seit der Einführung des EU ETS wurden die Emissionen der im EU ETS enthaltenen Sektoren im Jahr 2021 im Vergleich zu 2005 um 36 Prozent EU-weit gesenkt ([Umweltbundesamt 2023](#)).

Ein wirksamer europäischer Emissionshandel unterstützt anreizbasiert den Ausbau erneuerbarer Energien und ist damit ein wirksames Instrument für eine klimafreundliche Energieversorgung. Aus Sicht der Wirtschaft ist bei der Weiterentwicklung aber entscheidend, dass Wettbewerbsfähigkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit weiterhin gewährleistet werden. Da andere Wirtschaftsräume derzeit keine vergleichbaren Klimaschutzanstrengungen unternehmen, ist die Entwicklung der Energiepreise zentral für die Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der energie- und handelsintensiven Industrie ([DIHK 2021](#)).

Insbesondere für emissions- und handelsintensive Unternehmen sind einseitig steigende CO₂-Preise eine Belastung, die ihre wirtschaftliche Existenz gefährden. Es besteht die Gefahr, dass Produktionskapazitäten außerhalb der EU ausgebaut werden und CO₂-intensivere Produkte in die EU importiert werden. Eine solche Entwicklung schadet dem Wirtschaftsstandort Europa und entfaltet keine Klimaschutzwirkung. Die teilweise freie Zuteilung von Zertifikaten an Industrieanlagen im Europäischen Emissionshandel sowie die Strompreiskompensation sollten daher so lange beibehalten werden, wie dies für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich ist ([DIHK WiPos 2024](#)).

Da das EU ETS kürzlich von den Gesetzgebern novelliert wurde, stehen zahlreiche Unternehmen bereits jetzt unter einem erhöhten Transformationsdruck. Die EU sollte in der kurzen Frist von weiteren Änderungen absehen und so Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen sicherstellen. Maßgeblich für eine erfolgreiche Energie- und Klimapolitik sind zudem Innovationen



und neue Technologien. Zum Beispiel wird CO₂ nicht in allen Prozessen vollständig vermieden werden können. Hierfür braucht es neue Lösungen für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ ([DIHK Klimaziel 2023](#)).

Ein weltweiter Emissionshandel etwa würde allen Emittenten ähnliche Wettbewerbsbedingungen bieten. Bis solch ein Mechanismus Realität ist, ist zumindest in Europa ein Level-Playing-Field erforderlich. Ein Ausgleich der CO₂-Kosten ist daher entscheidend. Derzeit sind jedoch viele Unternehmen skeptisch, dass durch den Ausbau des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) die Wettbewerbssituation zwischen der EU und dem Drittland ausgeglichen werden kann ([DIHK zu CBAM 2023](#)).

CBAM gleicht in manchen Bereichen internationale Wettbewerbsnachteile aus, schafft aber an anderer Stelle neue. Ziel der EU für ein globales Level-Playing Field sollte es daher sein, rasch den internationalen Klimaklub mit relevanten Handelspartnern in verbindlicher Form umzusetzen. Das hochkomplexe CBAM-System stellt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen eine große administrative Belastung dar, unter anderem da den Unternehmen die Zeit für eine adäquate Vorbereitung gefehlt hat. Die Unternehmen benötigen neben mehr Zeit Toleranzregeln, um alle CBAM-Anforderungen erfüllen zu können.

Um die Auswirkungen von CBAM auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft aufzuzeigen, haben die Industrie- und Handelskammern aus NRW im Sommer 2024 eine Umfrage durchgeführt. 91 Prozent der Unternehmen gaben damals an, Schwierigkeiten zu haben, die nötigen Emissionsdaten von Zulieferern zu erhalten. Zudem fühlen sich nur sieben Prozent ausreichend durch die offiziellen Stellen informiert. 59 Prozent der Unternehmen fehlte es an der nötigen Kapazitäten für die geforderte Berichterstellung ([CBAM-Umfrage IHK NRW 2024](#)).

Neben der Entlastung zur Vermeidung von Carbon Leakage für besonders betroffene, energieintensive Unternehmen sollten die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zudem für die Absenkung von Steuern, Abgaben und Umlagen von Unternehmen verwendet werden ([DIHK WiPos 2024](#)).

4. Ansprechstellen für Unternehmen in der Transformation

Der Großteil der neu hinzukommenden, bürokratischen Lasten hat seinen Ursprung im Bundes- oder Europarecht. Doch auch hier kann das Land bei der Umsetzung und im praktischen Verwaltungshandeln vor Ort erheblichen Einfluss auf die tatsächlich anfallenden bürokratischen Lasten in den Unternehmen nehmen. Dies zeigt sich schon darin, dass die Unternehmen in den unterschiedlichen Regionen NRWs die bürokratische Last einzelner Regelungen sehr unterschiedlich bewerten.

In **Good-Governance-Checks und Monitorings** sollte daher kontinuierlich die bürokratieärmste Lösung im Verwaltungshandeln eruiert und zur Umsetzung in den anderen Regionen vorbereitet werden. Denn das Ziel muss weiterhin sein, wenige, einfache und bürokratiearme Verfahren zu erreichen, die zusätzliche Ansprechstellen (verbunden mit weiterer Bürokratie) überflüssig machen.



Aktuell wird die Diskussion um neue bürokratische Lasten von drei Vorhaben der Europäischen Union beherrscht: das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, die Nachhaltigkeitsberichtserstattung und dem CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM). Allein diese Regelungen sowie ihre fehlende Abstimmung untereinander führen bei den Unternehmen zu einer hohen Belastung und zu wachsendem Unverständnis ([IHK NRW Bürokratieabbau 2024](#)).

Eine wirksame Initiative der Landesregierung zur Begrenzung von Bürokratie sollte daher unbeding auf Vereinfachungen bei diesen Regelungen in der Umsetzung vor Ort zielen sowie in Berlin bzw. Brüssel für Nachbesserungen werben. Vielfach kann die Landesregierung in der Umsetzung Standards setzen und so Vereinfachungen eröffnen. Gleichfalls sollte es im Sinne des Frühwarnsystems Vorkehrungen treffen, damit absehbare neue Vorhaben wie der Digitale Produktpass bürokratiearm umgesetzt werden.

Um im europäischen Binnenmarkt ein Level Playing Field zu erreichen, muss bei der nationalen Umsetzung der Richtlinie sichergestellt sein, dass die Mitgliedstaaten in den entscheidenden Bereichen der Regulierung nicht über die europäischen Anforderungen hinausgehen können. Diese Form der Harmonisierung kann zum Beispiel durch eine verbindliche „single market clause“ erfolgen, die sicherstellt, dass Anforderungen aus der Richtlinie eins zu eins auf nationaler Ebene umgesetzt werden.

Bei vielen Regelungen entsteht die bürokratische Last erst durch das konkrete Handeln der Verwaltungen. Eine Verbesserung in der Verwaltungspraxis kann im Umkehrschluss zu einer Reduktion der bürokratischen Lasten auf Seiten der Unternehmen führen. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist bspw. landes- wie bundespolitisch als ein zentraler Ansatzpunkt zur Beschleunigung identifiziert.

Zielkonflikte in den Verwaltungen können letztlich nicht vom Unternehmen gelöst werden. Hierfür werden schnellere, verbindlichere Entscheidungsregelungen in den Behörden benötigt. Durch die Einrichtung zentraler Verwaltungs-Lotsen, die die Entscheidungsfindung in den Behörden begleiten und steuern, könnten die Prozesse beschleunigt und die Entscheidungssicherheit gestärkt werden.

5. Angebote zur Transformationsfinanzierung

Angesichts der schwachen Konjunktur, der verschlechterten Geschäftslage und der negativen Geschäftserwartungen bleibt die Finanzlage der Unternehmen kritisch. Zwei von fünf Betrieben (41 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein. Im Gleichlauf mit der deutlichen Verschlechterung vor allem der Industriekonjunktur bewertet die Industrie ihre Finanzlage deutlich schlechter: Hier schätzen 41 Prozent der Unternehmen ihre Finanzlage als problematisch ein, im Frühsommer waren es nur 37 Prozent. Im Vordergrund steht dabei nach wie vor der Eigenkapitalrückgang ([DIHK Konjunktur Herbst 2024](#)).

Insbesondere die hohen Investitionskosten und die Unsicherheit über zukünftige ökonomische und technologische Entwicklungen hemmen viele Betriebe. Jedes fünfte befragte Industrieunternehmen sieht in den Investitionskosten das zentrale Hemmnis für seine Transformation ([Energy4Climate 2024](#)).



Neue komplexe Regulierungen, wie die EU-Taxonomie sowie die Berichts- und Nachweispflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der Lieferkettensorgfaltspflichten, steigern zunächst die Unsicherheit und den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen. Dieser kann vor allem für den Mittelstand unverhältnismäßig sein und Finanzierungsbedingungen erschweren (www.fin-connect-nrw.de).

Wie das Institut der Deutschen Wirtschaft IW Köln in einer Studie im Rahmen der Landesinitiative FinConnect.NRW für das NRW-Wirtschaftsministerium ermittelt hat, müssen erhebliche öffentliche und private Finanzierungen vor dem Hintergrund der notwendigen Investitionen in Infrastruktur mobilisiert werden. Transformationsprojekte sind häufig durch überdurchschnittliche technische Risiken und Marktrisiken sowie fehlende Anfangsrenditen gekennzeichnet. Für Investoren ist das Verhältnis von Risiko zu Rendite dadurch ungünstig. Die Unternehmen müssen die Chancen des Wandels klar erkennen und die Risiken bei der Realisierung deutlich abschätzen können, um privates Kapital im erheblichen Umfang für den Wandel zu aktivieren.

Amortisationskonten können fehlende Anfangsrenditen ausgleichen. Förderangebote und Transformationsfonds sollten zusätzlich erweitert werden, damit Risiken für Investoren abgedeckt werden. Haftungsfreistellungen und Garantien ermöglichen Finanzierungen, wenn Transformationsrisiken aus Sicht der Bankenregulierung eine Finanzierung nur unter einer sehr hohen Eigenkapitalunterlegung erlauben. Für private Investoren müssen Risiken reduziert und Planungssicherheit geschaffen werden ([IW Köln 2024](#)).

6. Wärmeplanung und Gebäudeenergiegesetz

Der Wärmesektor ist für fast 40 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich. Wärme ist für viele Unternehmen in Industrie, Handel und auch im Dienstleistungssektor ein entscheidender Inputfaktor. Viele Betriebe, vor allem in städtischen Gebieten, sind auf eine leitungsgebundene Wärmeversorgung angewiesen; können aber auch als Wärmeproduzenten zur Versorgung beitragen.

Der mit den Wärmegesetzen des Bundes und des Landes angestoßene Um- und Ausbau der leitungsgebundenen Infrastrukturen, wird zu einem entscheidenden Faktor für die Attraktivität von gewerblichen Standorten in den Ballungsgebieten und zur Herausforderung für die Finanzierung der Kommunen.

Investitionsentscheidungen stehen in jedem Unternehmen einzeln an, müssten bspw. in Gewerbegebieten oder Straßenzügen aber fortan möglichst koordiniert erfolgen, wenn Wärmeplanung effizient erfolgen soll. Eine effiziente Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung ist daher nur in der Summe der einzelwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen möglich. Viele Akteure in der Gebäude- und Wohnungswirtschaft sind verunsichert und warten daher ab.

Unternehmen und gewerbliche Gebäude bzw. Liegenschaften sind auf langfristige Planungssicherheit bei der Wärmeversorgung angewiesen. Frühzeitig müssen die Unternehmen bei der Neuplanung der Versorgung einbezogen werden. Neben Großverbrauchern sollten auch Cluster wie



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Industrie- und Gewerbegebiete in den Prozess zur Erarbeitung der Wärmeplanung eingebunden werden, insbesondere wenn (einzelne) Unternehmen auf eine Wärmeversorgung in höheren Temperaturbereichen für ihre Produktionsprozesse angewiesen sind.

Die Versorgung mit Wärme erfolgt häufig in Kombination mit der Gasversorgung. Gerade bei integrierten Standorten sollte die Wärmenutzung daher mit der weiteren Energieversorgung abgestimmt erfolgen. Bei den Kriterien zur Auswahl der Planungsgebiete in der Wärmeplanung, sollte der Fokus auf der Wirtschaftlichkeit, nicht auf politisch gesetzten Versorgungszielen liegen.

Wie Planungen in ersten NRW-Kommunen zeigen, wird die Umsetzung der Wärmeplanung erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Für diesen Leitungsausbau und die emissionsfreie Wärmeerzeugung werden erhebliche Kosten bei den Energieversorgern anfallen. Dies darf nicht zu außerordentlichen Belastungen für die Wärmekunden führen. Hierdurch steigt die Investitionsunsicherheit bei Privaten wie bei Unternehmen. Zugleich werden absehbar die kommunalen Haushalte belastet. Zur Finanzierung werden erhebliche Mengen privaten Kapitals erforderlich sein. Hierfür sind attraktive Rahmenbedingungen und weitere Anreize nötig ([IHK NRW Wärmeplanung 2024](#)).

IHK NRW ist der Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.